



Kremser Erklärung

der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente sowie des Südtiroler Landtages vom 11. Juni 2013

Parlamentarismus und Bürgerbeteiligung in der modernen Informationsgesellschaft

I.

Die Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente sowie des Südtiroler Landtages stellen fest, dass die moderne Informationsgesellschaft und ihre Instrumente den Landesparlamenten die Chance bieten, die Bürgerinnen und Bürger in neuer Qualität zu informieren und zu beteiligen.

Die Vernetzung der Bürgerinnen und Bürger untereinander sowie der Abgeordneten im Parlament mittels moderner Informationstechnologien entwickelt sich dynamisch weiter. Viele Menschen benutzen täglich Internet und Mobiltelefone. Interesse an Politik, Identifikation mit der repräsentativen Demokratie und politische Partizipation setzen aus Sicht der Landesparlamente voraus, dass die Informationen über die parlamentarischen Vorgänge die Bürgerinnen und Bürger – und speziell die Jugend - erreichen und in der alltäglichen Informationsvielfalt auch wahrgenommen werden.

In den Landesparlamenten werden unterschiedliche neue Wege der Information und Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern beschritten und erprobt. Dazu gehören beispielsweise die Nutzung von Live-Streams, Politik-Blogs im Internet, Votings und Online-Petitionen sowie die Unterstützung der Pflege von parlamentsrelevanten Einträgen der freien Enzyklopädie Wikipedia.

Die Präsidentinnen und Präsidenten begrüßen die dadurch verbesserte Kultur der Offenheit und Transparenz. Sie sind überzeugt, dass der Dialog zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und ihren Landesparlamenten sowie den gewählten Abgeordneten unter Nutzung der bestehenden technischen Möglichkeiten weiter ausgebaut werden sollte und dass politische Bildung dabei von entscheidender Bedeutung für eine verantwortungsbewusste Nutzung ist. Dabei haben Seriosität, Verlässlichkeit und Aktualität des Informationsangebotes einen hohen Stellenwert. Bestehende technische und soziale Hürden der Online-Nutzung gilt es im Sinne der Chancengleichheit zu senken. Zukünftige Dialog- und Beteiligungsformen müssen sich an der Zugänglichkeit für die Gesamtheit der Bürgerinnen und Bürger messen lassen.



Im Bewusstsein der Chancen, aber auch der Herausforderungen, welche die moderne Informationsgesellschaft und ihre Instrumente für die parlamentarische Demokratie darstellen, plädieren die Präsidentinnen und Präsidenten dafür, den neuen Herausforderungen aufgeschlossen zu begegnen und gleichzeitig mit Augenmaß vorzugehen. Sie halten fest, dass die verfassungsrechtlichen Grundprinzipien der parlamentarischen und repräsentativen Demokratie und das freie Mandat der Abgeordneten unberührt bleiben müssen. Darüber hinaus erfordert die parlamentarische Arbeit, wie in allen sozialen Einheiten, definierte Räume der Vertraulichkeit. Dies gilt insbesondere für politische Verhandlungen, Beratungen, Vorbereitungshandlungen und politischen Positionsaustausch zwischen den Fraktionen und politischen Mitbewerbern. Auch ist sicherzustellen, dass den Anforderungen des Datenschutzes Rechnung getragen wird.

Die Präsidentinnen und Präsidenten sind vor diesem Hintergrund überzeugt, dass der Föderalismus mit seinen vielfältigen parlamentarischen und kulturellen Traditionen sowie den unterschiedlichen verfassungsrechtlichen Strukturen in den einzelnen deutschen und österreichischen Landesparlamenten sowie dem Südtiroler Landtag die Chance bietet, unter Einbeziehung der in anderen Parlamenten gewonnenen Erfahrungen in jeweils eigener Verantwortung darüber zu befinden, welche neue Wege der Information und der Bürgerbeteiligung beschritten werden. Die Präsidentinnen und Präsidenten halten insoweit einen intensiven Austausch für unverzichtbar.

II.

In Ansehung der vorgenannten Grundsätze und in Respekt vor der eigenverantwortlichen Entscheidung jedes Parlaments wollen die Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente sowie des Südtiroler Landtages zu innovativem Handeln anregen und zu eigenen Beiträgen ermutigen. In der parlamentarischen Praxis könnten dafür beispielhaft folgende Bereiche von Bedeutung sein:

- Bereits heute ist das Internet ein unverzichtbarer Bestandteil der klassischen Öffentlichkeitsarbeit der Landesparlamente. Die elektronischen Medien eröffnen darüber hinaus neue Möglichkeiten, Politik transparenter zu gestalten und die Bürgerinnen und Bürger, aber auch die Presse besser zu erreichen. Um größtmögliche Wirkung zu erzielen, sollten die Internetauftritte einerseits möglichst attraktiv, informativ und benutzerfreundlich sein, andererseits zusehends eine dialogische Kommunikation ermöglichen. Auch können der Einsatz interaktiver Elemente und die Ausweitung von Übertragungen von Gremiensitzungen mittels Live-Stream sinnvoll sein. Die Präsidentinnen und Präsidenten werden die Entwicklungen in diesem Bereich und die hierzu in den einzelnen Parlamenten gewonnenen Erfahrungen weiter beobachten und sich gegenseitig unterrichten.
- Die Präsidentinnen und Präsidenten unterstreichen besonders die wichtige Funktion der Landesparlamente im Bereich der politischen Bildung, insbesondere mit Blick auf Schülerinnen, Schüler und Jugendliche. Da junge Menschen die neuen Medien besonders intensiv nutzen, bietet es sich an, im Bereich der Jugendarbeit neue Formen der Interaktion zu erproben, etwa durch Politik-Blogs, möglicherweise auch – unter Beachtung rechtlicher Vorgaben – durch die Beteiligung in sozialen Netzwerken. Bisherige Erfah-

rungen zeigen, dass in diesem Bereich besonders auf die „Echtheit des Dialogs“ zu achten ist. Die „verschleierte“ Delegation des Dialogs an Mitarbeiterstäbe kann zu negativen Reaktionen führen. Insofern ist nach Formen zu suchen, die bei vertretbarem Aufwand die Authentizität wahren. Zugleich sind sich die Präsidentinnen und Präsidenten der Verantwortung bewusst, die den Landesparlamenten gerade im Dialog mit der jungen Generation über soziale Netzwerke in der datenschutzgerechten Gestaltung dieser Kommunikation auferlegt ist.

- Die Aktivitäten der Online-Plattformen rund um die Landesparlamente können einen Beitrag dazu leisten, den Parlamentarismus in seinen zentralen Funktionen, der Budgethoheit, der Gesetzgebung, sowie der Kontrolle der Regierungen, für eine breite Öffentlichkeit sichtbar und nachvollziehbarer zu machen. So eröffnet etwa die freie Enzyklopädie Wikipedia den Landesparlamenten die Chance, ihr Fachwissen über die Funktionsweise und die Inhalte der parlamentarischen Demokratie in den Ländern einer breiten Öffentlichkeit zu erschließen. Autorinnen und Autoren von Online-Plattformen und Online-Enzyklopädien sollten daher in ihrer Arbeit unterstützt werden. Einen wichtigen Beitrag hierzu könnten das aktive Zusammenarbeiten zwischen den Landesparlamenten mit den entsprechenden Trägervereinen, oder auch das Schaffen offener Schnittstellen zu Parlamentsdatenbanken im Rahmen von Open-Data-Strategien leisten.
- Mit Hilfe der neuen Medien kann die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in den sie persönlich berührenden Fragen verbessert werden. So eröffnet beispielsweise das Instrument der öffentlichen Petition eine neue Kommunikationsebene mit den Bürgerinnen und Bürgern. Die Bürgerinnen und Bürger können sich online über die dem Petitionsausschuss vorgetragene Sachverhalte, Bitten wie auch Beschwerden informieren und die unterschiedlichen Sichtweisen in die eigene Meinungsbildung einbeziehen.
- Perspektivisch könnte erprobt werden, inwieweit Online-Beteiligungsplattformen durch die Landesparlamente dazu genutzt werden können, im Rahmen der parlamentarischen Beratung von Gesetzesvorhaben wie auch bei der Evaluation der Wirksamkeit von Gesetzen den Sachverstand der Bürgerinnen und Bürger zur Qualitätssicherung einzubeziehen. Dies könnte auch dazu beitragen, die Akzeptanz von Rechtsnormen zu erhöhen. Die Präsidentinnen und Präsidenten ermutigen zu Pilotprojekten, die sodann – mit wissenschaftlicher Begleitung – ausgewertet und evaluiert werden können. Die hierdurch gewonnenen Erkenntnisse böten allen Landesparlamenten eine valide Grundlage für die in eigener Verantwortung zu treffende Entscheidung über Partizipationsmöglichkeiten durch Online-Beteiligungsplattformen.

III.

Die Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente sowie des Südtiroler Landtages verabschieden die vorliegende Erklärung in dem Bewusstsein, am Beginn eines Weges zu stehen.

Der sich mit großer Geschwindigkeit vollziehende Wandel, der mit der Digitalisierung der Gesellschaft einhergeht, wirft vielfältige und komplexe Fragen auf. Die Präsidentinnen und

Präsidenten wollen dazu ermutigen, sich dieser Herausforderung zu stellen und damit die sich eröffnenden Chancen für eine Stärkung der Landesparlamente zu ergreifen.

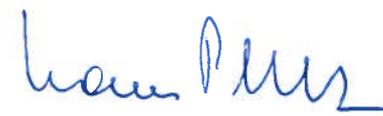
Der Föderalismus mit seinen vielfältigen parlamentarischen, kulturellen und politischen Traditionen bietet die besten Voraussetzungen dafür, um in den einzelnen Landesparlamenten individuelle Lösungen zu erproben und von den gewonnenen Erfahrungen länderübergreifend zu profitieren. Gemeinsames Ziel ist es, die Instrumente der modernen Informationsgesellschaft in einer Weise zu nutzen, welche die parlamentarische Demokratie unterstützt und festigt und gegen parlamentsfeindliche Strömungen schützt. Die Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente sowie des Südtiroler Landtages wollen mit dieser Erklärung dazu ihren Beitrag leisten.

Für die Präsidentenkonferenz
der Landtage von Deutschland

Für die Präsidentenkonferenz
der Landtage von Österreich



Joachim Mertes
Präsident des Landtages Rheinland-Pfalz



Ing. Hans Penz
Präsident des Landtages von Niederösterreich